

Beilage 1035/2006 zum kurzschriftlichen Bericht des Öö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend die Umwandlung der Departments für Unfallchirurgie an den Landeskrankenhäusern Freistadt und Rohrbach in Abteilungen

Dieser Antrag wird gemäß § 26 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung als dringlich bezeichnet.

Der Öö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Öö. Landesregierung wird aufgefordert, im Öö. Krankenanstalten- und Großgeräteplan 2004 die rechtlichen Voraussetzungen für eine Genehmigung, der von der gespag als Träger der Landeskrankenhäuser Freistadt und Rohrbach eingereichten Anträge auf Umwandlung der Departments in Abteilungen für Unfallchirurgie, zu schaffen.

Begründung:

Der Österreichische Strukturplan Gesundheit 2006 sieht für das Fach Unfallchirurgie nur noch die Führung von Abteilungen oder Satellitendepartments vor. Die derzeitigen Departments für Unfallchirurgie an den Landeskrankenhäusern in Freistadt und Rohrbach erfüllen die Strukturqualitätskriterien zur Führung von Abteilungen für Unfallchirurgie in vollem Ausmaß.

Der Status als Satellitendepartments würde bedeuten, dass in den Krankenhäusern Freistadt und Rohrbach eine unfallchirurgische Versorgung nur mehr tagsüber zur Verfügung steht und nur noch ein eingeschränktes Leistungsspektrum angeboten werden kann. Daher hat Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer die gespag am 3. Oktober 2006 beauftragt, bei der Abteilung Sanitäts- und Veterinärrecht die Erteilung einer Errichtungs- und Betriebsbewilligung zur Führung einer Abteilung für Unfallchirurgie an den Landeskrankenhäusern in Freistadt und Rohrbach zu beantragen.

Vor diesem Hintergrund und zur Aufrechterhaltung des bisherigen und in der Spitalsreform beschlossenen Leistungsspektrums sprechen sich die unterzeichneten Abgeordneten für eine Aufwertung der beiden Departments in Abteilungen für Unfallchirurgie und eine Abänderung des Öö. KAP/GGP 2004 aus. Denn der geltende Öö. KAP/GGP 2004 steht einer positiven Erledigung der von der gespag eingebrachten Umwandlungsanträge derzeit noch im Wege, da dieser in beiden Häusern die Führung von Departments vorsieht. Daher wird die in der Öö. Landesregierung zuständige Gesundheitsreferentin aufgefordert, die Verordnung über den Öö. Krankenanstalten- und Großgeräteplan 2004 abzuändern und damit die rechtlichen Voraussetzungen für eine rasche und positive Erledigung zu schaffen.

Linz, am 6. November 2006

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Strugl, Brunner, Ecker, Schillhuber, Weixelbaumer, Bernhofer, Entholzer, Stanek, Kiesl, Jachs, Hingsamer, Pühringer, Weinberger, Mayr, Hüttmayr, Schürrer, Lackner-Strauss, Eisenrauch

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Trübswasser, Hirz